

Antrag

der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Staatsübergreifenden Krisen und Herausforderungen gerecht werden – Deutschland braucht einen Nationalen Sicherheitsrat

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Januar 2020 hat sich der Coronavirus Sars-CoV-2 weltweit ausgebreitet und ist zu einer globalen Bedrohung geworden. Der Coronavirus betrifft unmittelbar die Gesundheit der Menschen und hat darüber hinaus weitreichende Auswirkungen auf globale Mobilität, Wirtschaft und Finanzmärkte. Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus und deren Auswirkungen zeigen eindrücklich, dass Krisen und Sicherheitsherausforderungen wie Pandemien weder an nationalen Grenzen noch an Ressortverantwortlichkeiten haltmachen. Der von der Bundesregierung eingesetzte Corona-Krisenstab und die Krisenstäbe der Länder setzen sich dafür ein, die Pandemie in Deutschland einzudämmen. Ein ressortübergreifendes koordiniertes Vorgehen, auch mit Nachbarländern und internationalen Organisationen, ist dabei unerlässlich.

Insgesamt steigt die Anzahl transnationaler, komplexer und vernetzter Herausforderungen und Risiken für Staaten und Gesellschaften weltweit. Um solche Krisen internationalen und staatenübergreifenden Ausmaßes effektiv bewältigen zu können, braucht Deutschland ein ständiges, ressortübergreifendes Gremium, das frühzeitig aufkommende Krisen und Risiken erkennt, analysiert und strategische Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Bundesverteidigungsministerin hat mit einem Nationalen Sicherheitsrat bereits ein solches Gremium vorgeschlagen. Es ist deshalb folgerichtig und notwendig, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode einen Nationalen Sicherheitsrat einrichtet und dafür dem Bundestag bis zum 30.06.2020 und damit zeitnah zum einjährigen Amtsantritt der

Bundesverteidigungsministerin ein detailliert ausgearbeitetes Konzept vorlegt. Deutschland kann es sich nicht leisten, die Umsetzung dieses Projekts auf eine kommende Legislaturperiode zu verschieben. Die Bundesregierung muss vorausschauender planen, schneller entscheiden und effektiver handeln können. Dies gilt für Pandemien und humanitäre Katastrophen genauso wie für transnationalen Terrorismus oder Handelsstreitigkeiten mit globalen Auswirkungen. Hierfür sollte der Bundessicherheitsrat umgehend zu einem regelmäßig tagenden Nationalen Sicherheitsrat umgestaltet werden, der als ressortübergreifendes Gremium die Bundesregierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen strategisch berät und gesamtstaatliches Handeln koordiniert. Durch die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats wird die Trennung von äußerer und innerer Sicherheitsverantwortung nicht aufgeweicht. Das Ziel ist vielmehr, dass die Ressorts, nachgeordneten Behörden und Länder nationale Sicherheit in strategischer und kooperativer Weise unter Berücksichtigung der Ressort- und föderalen Kompetenzen gemeinsam umsetzen.

Als strategische Leitlinie sollte einem Nationalen Sicherheitsrat eine ressortübergreifend abgestimmte Gesamtstrategie mit den Zielen und Prioritäten der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zugrunde liegen. Um seine strategischen und beratenden Aufgaben wahrnehmen zu können, ist es zudem erforderlich, dass ein Nationaler Sicherheitsrat mit einem Sekretariat und einem angeschlossenen, auf belastbarer Rechtsgrundlage basierenden, ressortübergreifenden Lage- und Analysenzentrum ausgestattet wird. Dieses muss mit Fachpersonal und Expertise aus Ressorts, Nachrichtendiensten und Wissenschaft besetzt sein, um eine tagesaktuelle wie auch kontinuierliche, strategische Beschäftigung mit sicherheitsrelevanten Themen sicherzustellen. Neben sicherheits- und außenpolitischer Expertise sollte unter anderem auch ein Experte für globale Gesundheit im Nationalen Sicherheitsrat vertreten sein, damit die Bundesregierung strategisch und frühzeitig auf sich abzeichnende Pandemien reagieren kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- umgehend, noch in dieser Legislaturperiode, mit bestehenden Mitteln einen Nationalen Sicherheitsrat mit angeschlossenem Sekretariat, Lage- und Analysezentrum einzurichten, der als ressortübergreifendes Gremium frühzeitig aufkommende Krisen und Risiken erkennt, analysiert und strategische Handlungsempfehlungen entwickelt und dafür
- dem Bundestag bis zum 30.06.2020 ein detailliert ausgearbeitetes Konzept inklusive Zeitlinien vorzulegen;
- unter Federführung des Auswärtigen Amtes noch in dieser Legislaturperiode eine ressortübergreifend abgestimmte Gesamtstrategie mit den Zielen und Prioritäten der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu erstellen und dem Deutschen Bundestag vorzulegen. Dieses Verfahren soll verstetigt werden, mit dem Ziel, dass die Bundesregierung immer ein Jahr nach Beginn der Legislaturperiode eine aktualisierte Gesamtstrategie verabschiedet.

Berlin, den 10. März 2020

Christian Lindner und Fraktion